



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 10. Juni 2019

PRESSEINFORMATION

Essen ist kein Notstandsgebiet: Witzel warnt vor unnötig provozierten Fahrverboten

Die Essener FDP lehnt aktuelle Forderungen bestimmter Kreise entschieden ab, in der Stadt Essen den Klimanotstand auszurufen. Derlei Aktionismus sei entweder reine Symbolpolitik oder würde im Falle konsequenter Anwendung zu einem folgenreichen Erliegen zahlreicher Aktivitäten vor Ort führen.

FDP-Parteivorsitzender und Landtagsabgeordneter Ralf Witzel warnt davor, zum Beispiel das Risiko von Fahrverboten durch diese Selbstbezeichnung massiv zu steigern: „In den kommenden Wochen stehen neue gerichtliche Entscheidungen an, um drohende Fahrverbote für Zehntausende Essener Bürger, Pendler und Betriebe zu vermeiden, woran wir seit Monaten von Landesseite mit Hochdruck arbeiten. Wie sollen Gerichte bei ihrer Abwägung aber zu einem vernünftigen Urteil kommen, wenn die Stadt Essen sich selbst ohne Not als Notstandsgebiet etikettiert? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder sind solche Deklarationen nicht ernst gemeint, oder sie haben folgenreiche Konsequenzen, die sich die Bevölkerung nicht ernsthaft wünschen kann. Eine Stadt, die sich im akuten Notstand befindlich sieht, dürfte keine auswärtigen Messegäste mehr anziehen oder Touristen anwerben und hätte folgerichtig Mobilität ebenso zu unterbinden wie den Neubau von Wohnungen oder das Grillen im eigenen Garten. Eine solche Vorgehensweise dient vor allem denen, die politisch und ökonomisch aus derlei Szenarien Kapital schlagen wollen, aber nicht der Breite unserer Bürgerschaft.“

Die FDP setzt für ökologischen Fortschritt nicht auf Weltuntergangsstimmung und Alarmismus, sondern lieber lösungsorientiert auf kluge Entscheidungen der Stadtplanung und die Nutzung intelligenter technologischer Innovationen für eine bessere Klimaverträglichkeit.

So sollte beispielsweise mehr und klimaresistentes Stadtgrün angepflanzt werden oder ließen sich durch Digitalisierung vieler Arbeits- und Verwaltungsprozesse Ressourcen einsparen. Eine Politik mit der Angst von Menschen sei hingegen das Geschäft populistischer Kräfte, denen argumentativ entschlossen begegnet werden müsse.